



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 25.06.2009

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	ab TOP 8
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Braig	
Herr Stadtrat Brenner	
Frau Stadträtin Brunner	
Frau Stadträtin Buttschardt	
Herr Stadtrat Dr. Compter	ab TOP 5
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Dullenkopf	
Herr Stadtrat Etzinger	TOP 5 befangen
Frau Stadträtin Förg	
Herr Stadtrat Funk	
Herr Stadtrat Garlin	
Herr Stadtrat Gehring	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	ab TOP 4
Frau Stadträtin Handtmann	
Herr Stadtrat Herzhauser	
Frau Stadträtin Kapfer	
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Kolesch	
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Lemli	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	
Herr Stadtrat Rieger	
Herr Stadtrat Späh	

Frau Stadträtin Vollmer
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Boehm, Personalrat
Herr Helff, Kämmereiamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Frau Pfisterer, Rechnungsprüfungsamt
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Rückert, Bauverwaltungsamt
Herr Simon, Hauptamt
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Erster Bürgermeister Wersch

bis TOP 8

bis TOP 8

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Erfolgreiche Veranstaltungen	
2.	Europa- und Kommunalwahl 2009	
3.	Bürgerfragestunde	
4.	Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderates gefassten Beschlusses	106/2009
5.	Arbeit für Menschen mit besonderem Betreuungsaufwand Pilotprojekt der Stadt Biberach mit Lernen Fördern e.V. - Evaluation	96/2009
6.	Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Biberach (Feuerwehrentschädigungssatzung)	108/2009
7.	Anpassung Stellplatzablösebetrag	93/2009
8.	Aufstellung des Bebauungsplanes "Wässerwiesen - 1. Änderung"	105/2009 und
	a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange	105/2009 - 1
	b) Billigung des Regelwerkentwurfes	
9.	Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Rißtal (IGI); hier: öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Bildung eines Zweckverbandes	110/2009
10.	Bekanntgaben	
10.1.	Nachlese zur Europawahl und den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 in der Stadt Biberach	126/2009
10.2.	Konjunkturprogramm II	
10.3.	Einweihung Bahnhof	
11.	Verschiedenes	
11.1.	Gaisentalschule als Ganztagschule	
11.2.	Wassereinbrüche in der Tiefgarage Stadthalle	
11.3.	Schulentwicklungsplan	

Die Mitglieder wurden am 10.06.2009 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 20.06.2009 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Erfolgreiche Veranstaltungen

OB Fettback führt aus, in letzter Zeit hätten zahlreiche erfolgreiche Veranstaltungen stattgefunden. Die Aufführung von „Kabale und Liebe“ sei super gewesen. Erst vor wenigen Tagen habe das Leichtathletikfest „Weltklasse in Biberach“ stattgefunden. Hier habe es das Herrgöttle mit dem Wetter nicht so gut gemeint. Dennoch sei die Stimmung super gewesen. Gleiches gelte für das Konzert von Chris de Burgh, das auch ein großer Erfolg gewesen sei. Großes Lob spricht er den Biberachern, vor allem der TG aus und dankt für die geleistete Arbeit. In Biberach herrsche immer eine besondere Aura. Derartige Veranstaltungen seien authentisch und dies komme allgemein an.

Es wird applaudiert.

TOP 2 Europa- und Kommunalwahl 2009

OB Fettback verweist auf die Vorlage, die am Ende der Sitzung aufgerufen wird. Dennoch wolle er jetzt schon vorab allen danken, die sich für die Wahl eingesetzt hätten. Es seien über 200 ehrenamtliche Helfer tätig gewesen. Dies sei keine Selbstverständlichkeit. Das System der Kommunalwahlen sei schwierig. Danken wolle er auch der Rathausmannschaft. Viele städtische Mitarbeiter seien dienstverpflichtet worden. Kommunalwahlen stellten einen Stressfaktor dar, da viele Formalien zu beachten seien. Dies wisse er aus eigener Erfahrung. Er dankt Frau Appel mit einem Blumenstrauß, auch wenn sie erst aufatmen könne, wenn der Bescheid des Regierungspräsidiums vorliege.

Es wird applaudiert.

TOP 3 Bürgerfragestunde

Altersleitbild

Frau Hannegret Haas spricht das Altersleitbild an, das versendet worden sei. Sie habe Herrn Walz und EBM Wersch nach den Kosten dieser Aktion gefragt und obwohl dies schon Monate her sei, noch keine Antwort erhalten. Sie fragt, ob man die Kosten nicht erfahren dürfe.

EBM Wersch antwortet, er habe sich nicht mit der Frage beschäftigt, ob die Bekanntgabe der Kosten zulässig sei. Er habe die Zahlen nicht parat und frage sich, was es bringen solle. Die Kosten seien noch nicht zusammengestellt.

OB Fettback kündigt an, man werde sich der Frage annehmen und die Kosten mitteilen.

Gebäude aus dem Braith'schen Nachlass

Altstadträtin Haas spricht Leserbriefe zum geplanten Verkauf eines Gebäudes aus dem Braith'schen Nachlass an. Sie fragt, ob man erfahre, was mit diesem Gebäude geschehe.

OB Fettback antwortet, man habe diese Frage erörtert. Aus Verwaltungssicht seien zwei Dinge zu beachten, einmal die rechtliche Seite, die kein Hindernis darstelle und zum anderen künstlerische Momente.

EBM Wersch sagt eine umfangreiche Aufarbeitung des Themas zu. Letztlich entscheide der Gemeinderat, ob das Gebäude veräußert werde.

Ausflug der Altstadträte

Altstadträtin Haas dankt für den Ausflug der Altstadträte. Sie danke besonders BM Kuhlmann, der einen tollen Vortrag gehalten habe. Sie fragt, ob es der Stadt nicht besser anstünde, auch das Vesper für die Teilnehmer zu bezahlen. Sie fände dies eine gute Geste.

OB Fettback erwidert, man müsse an allen Orten sehen, dass die Ausgaben nicht ausuferten. Man habe sich zur Aufgabe gemacht, die Ausgaben des laufenden Haushaltsplans aufzuarbeiten und zu sehen, wo eventuell reduziert werden könne. Auch die Biberacher Wirtschaft merke mittlerweile die Wirtschaftskrise und dies schlage auf die Stadt durch. Es werde also auf jeden Fall eine Sparrunde erforderlich und man müsse Sorge tragen, dass vertretbar in die Öffentlichkeit hineingewirkt werde. So sei zu diskutieren, welche Maßnahmen man strecken könne und ähnliches. Der Haushalt werde auf jeden Fall deutlich anders als geplant. Auf diesem Hintergrund seien zusätzliche Leistungen nicht sinnvoll.

**TOP 4 Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderates
gefassten Beschlusses**

106/2009

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 106/2009 zur Information vor.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 96/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 18.06.09.

StR Etzinger ist befangen und begibt sich in die Zuschauerreihen.

OB Fettback verweist auf die konstruktive Vorberatung, bei der der Geschäftsführer von „Lernen Fördern“, Herr Krug, Fachfragen beantwortet habe. Das Projekt habe nicht die Erwartungen erfüllt, die man ursprünglich gedacht habe, wichtig sei jedoch, dass für die Stadt keine Mehrkosten entstünden und dass Menschen in Beschäftigung gekommen seien. Vermutlich handle es sich um Anlaufschwierigkeiten. Die Einrichtung arbeite zu marktüblichen Preisen und man wisse um die Problematik der Mehrwertsteuer, dies sei aber eine politische Frage für die höhere Gremien zuständig seien. Man dürfe dies nicht dem Unternehmen zu Ungunsten anlasten. Es handle sich nur um eine Projektverlängerung. Danach habe man belastbarere Zahlen.

StR Dullenkopf schließt sich den Ausführungen an. In zwei Jahren habe man mehr Erkenntnisse und Erfahrungen und könne dann neu entscheiden.

StRin Drews führt aus, immer größere Bevölkerungskreise erforderten eine Betreuung und Integration. Gleichzeitig sei man gefordert, die Ausgaben zu prüfen. Nicht alles was erforderlich sei, rechne sich. Sie bezeichnet es als erfreulich, dass „Lernen Fördern“ mit der Stadt adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten habe ohne Mehrkosten für die Stadt. Man hoffe, in der Verlängerungsphase verlässlichere Zahlen zu erhalten und stimme daher der Verlängerung zu. Damit bestehe die weitere Chance, Beschäftigten mit Betreuungsbedarf Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten.

StRin Vollmer dankt den Verantwortlichen und hebt ebenfalls darauf ab, dass keine Mehrkosten für die Stadt entstünden. Die Freien Wähler stimmten zu. Sie fragt, wie viel Personen aus dem alten Beschäftigungsverhältnis der Reinigungsfirma stammten, was Herr Walz mit vier Personen beziffert. StRin Vollmer meint noch, man benötige künftig eine transparentere Darstellung und mehr Zahlen.

StR Späh bezeichnet das Projekt als wichtig, da es sozial Schwächeren Unterstützungsmöglichkeiten biete, die man ihnen zubilligen müsse. Die Arbeitsmarktsituation verschärfe sich eher. Ziel müsse es sein, die Beschäftigten in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. „Lernen Fördern“ leiste sehr gute Arbeit, wofür die Grünen dankten. Für eine Evaluation sei mehr Zeit erforderlich, weshalb man der Verlängerung zustimme.

StR Funk bringt vor, die Verwaltungen müssten zusammen mit den Entscheidungsträgern Strukturen schaffen, die für alle gerecht, transparent, kostengünstig und nachhaltig seien.

Ursprünglich habe die Verwaltung für eine Fremdvergabe plädiert und sich dann aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung umentschieden. Kurz danach sei die Entscheidung für das Pilotprojekt gefallen. Er zitiert aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 24.09.07. Alle neun Beschäftigten seien für den normalen Arbeitsmarkt bestimmt und nur zwei Personen seien betreuungsbedürftig. Kei-

ne Person sei an den ersten Arbeitsmarkt vermittelt worden. Daher wünsche die FDP keine Weiterführung. Man solle das Projekt beenden.

OB Fettback hält entgegen, es gehe um Menschen, die fast keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt hätten. Er sei auf „Lernen Fördern“ und den Dornahof zugegangen, da Beschäftigungsorganisationen immer das Problem hätten, von Projekt zu Projekt zu leben. Gleichzeitig habe die Stadt viele Arbeiten, die konstant keinen hohen Bildungsstandard erforderten. Er räumt ein, dass man sich den Verlauf etwas anders vorgestellt habe, weshalb die weiteren zwei Jahre zeigen sollten, ob mehr möglich sei.

StR Braig hält entgegen, es existierten auch andere Projekte, wie beispielsweise die Förderschule St. Franziskus. Dort würden Personen über Praktika fit gemacht und an den ersten Arbeitsmarkt vermittelt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei vier Enthaltungen (StRe Braig, Funk, Garlin, Kolesch) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Das Pilotprojekt mit Lernen Fördern e.V. wird bis Ende Schuljahr 2010/2011 fortgeführt.**
- 2. Die darin enthaltenen Reinigungsverträge werden zum Angebotspreis von 16,75 € netto für die Unterhaltsreinigung fortgesetzt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 108/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 18.06.09.

OB Fettback betont, die Erhöhung der Entschädigung sei für die Verantwortlichen der Feuerwehr kein Junktim gewesen. Dies ehre die Feuerwehrmänner. Das Ergebnis sei in guter Zusammenarbeit im Feuerwehrausschuss erarbeitet worden. Er sei dankbar für die einstimmige Hauptausschussempfehlung und froh, dass eine ehrenamtliche Führung gelungen sei. Die Höhe sei zu anderen Städten vergleichbar.

Es wird applaudiert.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Erlass der Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Biberach (s. Anlage zu Drucksache Nr. 108/2009) wird zugestimmt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 93/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 15.06.09.

OB Fettback bestätigt, die Verwaltung habe früher eine andere Position vertreten und weit mehr Wert auf den Faktor Ruhe gelegt. Dann habe man die Praxis geöffnet und die Ablösebeträge für den Einzelhandel und für Dienstleistung reduziert. Man gebe den Lenkungscharakter nicht ganz auf und verzichte daher auch nicht völlig auf die Stellplatzablöse. Sofern Wildwuchs zu befürchten sei, könne man immer noch reagieren.

StR Kolesch führt aus, moderate Stellplatzablösegebühren seien seit langem ein Anliegen der CDU-Fraktion. 1999 habe man hierzu einen Antrag gestellt, die Ablösesumme von 15 000 DM auf 5 000 DM zu senken. Diesem Antrag sei erstmals befristet zugestimmt worden. Im Jahr 2002 sei auf den CDU-Antrag aus der Befristung eine Dauereinrichtung geworden und seither verlange man vom Handel und den Dienstleistern 2 500 € je abzulösendem Stellplatz. Eine Senkung des Ablösebetrages für die Gastronomie habe man nicht beantragt, da die Verwaltung auf die Lenkungsfunktion gepocht habe mit der Begründung, dass in der Altstadt auch das Wohnen ermöglicht werden müsse. Der Beschluss 2002 habe sich um eine Art Kompromiss gehandelt und der Ablösebetrag sei für die Gastronomie auf 5 000 Euro gesenkt worden. Das Lenkungsargument sei von der CDU-Fraktion immer kritisch gesehen worden, man habe es jedoch mitgetragen. Die Meinungsänderung der Verwaltung sei im Bauausschuss nicht schlüssig dargelegt worden. Dass es an handelnden Personen liege, möge der Fall sein. Er weist darauf hin, dass bei Spielhallen keine Senkung beschlossen werde. Die Gastronomie sei jedoch wichtig für die Innenstadt und leiste einen Beitrag zu deren Belebung, weshalb man der Senkung gerne zustimme. Er erinnert daran, dass die CDU-Fraktion stark nachgefragt habe, ob eine Abschaffung des Ablösebetrages möglich sei, da andere Städte entsprechend agierten. Die Verwaltung halte dies für rechtswidriges Handeln. Daher folge man der Verwaltung. Sollte sich die Rechtsauffassung jedoch ändern, müsse man dies dem Gemeinderat aktiv mitteilen. Die moderaten Stellplatzablösebeträge hätten sich insgesamt gelohnt was daran zu sehen sei, dass in die Altstadt investiert werde.

StR Keil führt aus, die SPD-Fraktion habe die Stellplatzablösegebühren immer im Zusammenhang mit den hohen Investitionskosten für Parkhäuser gesehen. Die Ablösegebühr habe sich bewährt und es solle keinesfalls ganz auf sie verzichtet werden, da mit ihr auch ein Anspruch darauf bestehe, dass weiterhin funktionstüchtige Parkplätze zur Verfügung gestellt würden. Er spricht von einem partnerschaftlichen Verhältnis. Bezüglich der Höhe sei die Frage der Gerechtigkeit fast philosophisch. Durch die Quadratmeterzahl als Bemessungsgrundlage versuche man diesem Gedanken gerecht zu werden. Man hoffe, dass nun Ruhe ins Thema einkehre.

StRin Vollmer meint, der Sachverhalt sei schwer zu beurteilen. Sie pflichtet in vielem StR Kolesch bei. Ein einheitlicher Wert sei auch für die Verwaltung positiv. Dass mit höheren Ablösesummen für die Gastronomie eine Lenkungsfunktion wahrgenommen werde, sei angesichts der vielen Fast-Food-Einrichtungen in der Innenstadt nicht nachvollziehbar.

StR Späh meint, Parkplätze gehörten in eine Stadt und man habe hohe Summen zu deren Herstellung aufgewendet. Wer keine Stellplätze herstellen könne, müsse daher einen Ablösebetrag zahlen. Die Summe habe man in der Vergangenheit schon deutlich reduziert, wozu auch die Grünen stünden. Er bezeichnet es als erstaunlich, dass die Verwaltung auf die Lenkungsfunktion verzich-

ten wolle. Dieser Meinungswandel sei nicht nachvollziehbar. Einerseits beklage man die Entvölkerung in der Innenstadt, weshalb die Stellplatzablösegebühr nicht mehr weiter reduziert werden solle. Die Bürger hätten ein Anrecht darauf, dass für geschaffene Stellplätze auch eine Ablösesumme bezahlt werde.

StR Braig führt aus, die Gewerbetreibenden bezahlten virtuelle Beträge für immer weniger Stellplätze. Diese würden zwar in Tiefgaragen hergestellt, aber nicht in entsprechendem Ausmaß. Zudem gingen die Einkünfte aus Ablösegebühren ständig zurück und seien nicht ausreichend, um die Tiefgaragen zu erhalten angesichts hoher Sanierungskosten. Es sei eine Gleichbehandlung aller Akteure erforderlich, daher habe man die Abschaffung im Rahmen der Haushaltsdiskussion beantragt, sei dann aber umgeschwenkt und wolle nun mindestens eine Gleichbehandlung von Dienstleistung, Handel und Gastronomie. Er bezeichnet den Beschluss als Einstieg in den Ausstieg. Er glaube nicht, dass andere Kommunen sich ohne Folgen rechtswidrig verhalten dürften, weshalb man die Rechtsprechung auf diesem Gebiet genau beobachten müsse.

StR Zügel meint, es handle sich um eine dreischichtige Diskussion. Das historische Argument der Finanzierung von Stellplätzen sei nicht mehr zutreffend. Das Gerechtigkeitsempfinden spreche für eine Ablösesumme, da Betroffene vor Jahren hohe Summen bezahlen mussten. Kernproblem sei, dass die gewünschte Lenkungsfunktion bei einer Ablösesumme von 2 500 oder 5 000 Euro ein stumpfes Schwert geworden sei. Zurecht bekenne man sich zu einer Lenkung bei Spielhallen und lasse dort keine Ablösegebühren zu. Es müssten neue Wege gefunden werden, um das Ungleichgewicht beispielsweise bei der Ansiedlung von Fast-Food-Einrichtungen zu steuern. Er fordert die Verwaltung auf, mit Planungsinstrumenten weiterhin regulierend einzugreifen.

StR Funk meint, die Ablösegebühren hätten mehrere Systemfehler. Die Summe sei zu gering. Sie sei ungerecht, da nicht die Autofahrer getroffen würden, sondern die Mieter. Unlogisch seien auch die unterschiedlichen Zurechnungen, da man beispielsweise weniger bezahlen müsse, wenn eine Einrichtung nahe am ÖPNV liege. Bei Investitionen in die Altstadt müssten viele Alternativen möglich sein. Er gibt den Verwaltungsaufwand zu bedenken und plädiert, am Altstadtrand ebenerdig Stellplätze zu schaffen, die dann auch teilweise von Geschäften der Innenstadt für ihre Mitarbeiter erworben werden könnten. Abschließend bezeichnet er die Stellplatzablösebeträge als Investitionshindernisprogramm.

OB Fettback stellt klar, eine völlige Abschaffung der Stellplatzablösegebühren wäre rechtswidrig. Wenn man von anderen Gerichtsurteilen Kenntnis erhalte, werde man selbstverständlich den Gemeinderat informieren. Der geringe zu entrichtende Obulus sei auch als Zeichen zu verstehen. Er räumt ein, dass bei Summen zwischen 2 500 und 5 000 Euro keine Lenkung möglich sei. Man habe in der Vergangenheit viel für den ruhenden Verkehr getan.

BM Kuhlmann fügt an, früher sei die Lenkungsfunktion ein Argument gewesen, diese sei aber bei einer Ablösesumme von 2 500 Euro nicht mehr gegeben. Man habe bei der Beurteilung zwischen Gerechtigkeit, Gleichbehandlung und Lenkungsfunktion abgewogen und sich für die Gleichbehandlung ausgesprochen. Zur Wohnbauförderung gibt er zu verstehen, für Wohnungen müssten keine Ablösebeträge entrichtet werden. Ganz auf die Ablösegebühren zu verzichten wäre seines Erachtens nicht richtig, da die Stadt nach wie vor in Parkeinrichtungen investiere, wofür die Ablösebeträge ein kleines Gegengewicht darstellen könnten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 4 Nein-Stimmen (StR Späh, StRin Brunner, StR Gehring, StR Weber), einer Enthaltung (StRin Kübler) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

§ 2 (3) der allgemeinen Bestimmungen der Stadt Biberach an der Riß über die Stellplatzablösung wird wie folgt geändert:

Bei Gaststätten im Sinne der Nr. 6.1 der Richtzahlen der VwV-Stellplätze wird der Stellplatz-ablösebetrag auf 2.500 €/Stellplatz reduziert.

TOP 8	Aufstellung des Bebauungsplanes "Wässerwiesen - 1. Änderung"	105/2009 +
	a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange	105/2009 - 1
	b) Billigung des Regelwerkentwurfes	

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 105/2009 zur Beratung vor. Die vom Bauausschuss in seiner Sitzung vom 15.06.09 empfohlene Abweichung ist in Drucksache Nr. 105/2009 – 1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Fettback geht auf den Prüfungsauftrag des Bauausschusses ein, mit dem der Straßenabstand zur B 465 betroffen sei. Man solle das Ortsschild innerorts verlegen. Dies werde mit Nachdruck mit dem Regierungspräsidium angegangen, um die Fläche möglichst für bauliche Entwicklungen ausreizen zu können.

StR Kolesch bezeichnet das Verfahren als sehr wichtigen Vorgang für die Stadt. Das Gewerbegebiet habe jahrelang brach gelegen. Einige Grundstücke habe man zwar veräußern können und dann habe Boehringer doch Bedarf angemeldet. Dies sei ein wichtiger Schritt, dass Boehringer sich weiter entwickeln könne und eine Chance, die erforderlichen Flächen anzubieten. Es sei aber auch ein Kraftakt der Stadt gewesen, die die Flächen zurückgekauft, getauscht und viel verhandelt habe. Sie habe dabei viel geleistet, was Anerkennung verdiene. Der Bebauungsplan ermögliche eine sehr weitgehende Bebauung, was auch unter ökologischen Aspekten sinnvoll sei. Man habe dort eine im Zusammenhang dicht bebaute Fläche, die es auszunutzen gelte. Er habe angeregt zu prüfen, ob das Ortsschild verlagert werden könne, da in der Vorlage ein erforderlicher Abstand von 20 m zur Bundesstraße genannt worden sei. Sobald die Ortsumgehung von Warthausen gebaut sei, werde die Straße entwidmet und vermutlich Kreisstraße. Dann seien diese Auflagen nicht mehr gegeben. Er äußert die Hoffnung, dass der Absichtserklärung von Boehringer bald Taten folgten und die Fläche bebaut werde.

StR Keil bringt die Freude der SPD-Fraktion zum Ausdruck, dass sich Entwicklungsmöglichkeiten eröffneten, die den Standort hoffentlich sicherten und weiter aufwerteten. Die industrielle Entwicklung Biberachs sei dann jedoch an ihre Grenzen gestoßen. Für weitere Entwicklungen müsse man daher nach anderen Lösungen suchen. Er habe sich gefreut, dass durch ein Versehen der sehr umfangreiche Umweltbericht an den Gemeinderat mit der Vorlage verteilt worden sei, denn er sei sehr interessant. Als Beispiel nennt er die Angabe, dass Wärmedämmung auch durch Dachflächenfarben beeinflusst werden könne. Er bezeichnet es als wünschenswert, dass eine zeitliche Nähe der Bebauung zum Straßenbau und zur Erschließung erfolge und erkundigt sich nach dem Zeitplan der Firma Boehringer.

StR Rieger gibt zu verstehen, die Freien Wähler stünden voll und ganz hinter der Maßnahme. Sie sichere die Ausweitung der für Biberach sehr wichtigen Firma, die hoffentlich in ihren Absichten gefestigt sei. Man hoffe auch, dass alle Anwohner zufriedengestellt werden konnten.

StR Weber bemerkt, es habe sich ursprünglich einmal um ein wertvolles Gelände gehandelt, das aber schon lange missbraucht werde, beispielsweise durch Müllablagerungen. Er zeigt sich froh über die Einhaltung des bisher vorgesehenen 20-Meter-Abstands zur Straße, der genutzt werden könne, um einen artgerechten Grünabschluss zu erhalten. Die Umfahrung von Warthausen werde in den nächsten 20 Jahren sicher noch nicht in Angriff genommen und es werde sich daher noch lange um eine Bundesstraße handeln.

StR Braig signalisiert die Zustimmung der FDP und lobt die Verwaltung für die getätigten Grundstücksgeschäfte und Umsiedlungen, die einen Kraftakt dargestellt hätten. Dieser wäre möglicherweise nicht notwendig geworden, wenn das Gebiet in vorausschauendem Einkauf entwickelt worden wäre, denn die Fläche sei schon lange als Gewerbefläche ausgewiesen.

OB Fettback betont, die Fläche diene der mittelfristigen Entwicklungspolitik der Firma Boehringer, werde also sicher nicht in Kürze voll bebaut sein.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehende Entwurf „Wässerwiesen 1. Änderung“ wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt. Maßgebend ist der Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 887/12 Index 2 vom 17.06.2009 im Maßstab 1:1.000.**
- 2. Die in Drucksache Nr. 105/2009 festgehaltenen Stellungnahmen der Verwaltung zum Vorbringen der Betroffenen und der Träger öffentlicher Belange werden gebilligt und die Verwaltung ermächtigt, ihre Stellungnahmen den Vorbringern mitzuteilen als das Ergebnis einer ersten Abwägung.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 110/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung wurde im Hauptausschuss am 18.06.09 gefasst.

OB Fettback gibt zu verstehen, es handle sich noch nicht um den eigentlich öffentlich-rechtlichen Vertrag. Vielmehr solle die Voraussetzung zur Bildung eines Zweckverbandes geschaffen werden. Auch in Maselheim habe es keine große Diskussion gegeben.

StR Dullenkopf signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion zu dieser vorläufigen Regelung, die Rechtssicherheit biete, bis eine Zweckverbandssatzung beschlossen werden könne.

Auch StR Lemli meint, die Argumente seien ausreichend kommuniziert und nun schaffe man den Rahmen für das Interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet.

Die Freien Wähler werden laut StRin Vollmer ebenfalls zustimmen.

StR Weber erscheint die Entwicklung dubios und er meint, die Größenordnung sei völlig überzogen in Zeiten der Wirtschaftskrise und Rezession. Bis vor kurzem sei das Rißtal für den Ersten Landesbeamten des Landratsamtes noch eine Tabuzone gewesen.

OB Fettback gibt zu verstehen, dass man auch bei Skepsis der Vorlage zustimmen müsste, da damit das Verfahren zur Überprüfung von Alternativstandorten und ähnlichem erst ermöglicht werde.

StRin Brunner meint jedoch ebenfalls, man müsse den Anfängen wehren und nach dieser Maßnahme werde das Rißtal zerstört sein. Sie glaube nicht an ewiges Wachstum, sondern befürchte eher Gewerbegebietswüsten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Nein-Stimmen (StRe Brunner, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Bildung eines Zweckverbandes „Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Rißtal (IGI)“ (s. Anlage 1 zu Drucksache Nr. 110/2009) wird zugestimmt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 126/2009 zur Information vor.

OB Fettback macht vor allem auf die hohen Fehlstimmen aufmerksam.

StR Wiest bedankt sich für die Vorlage. Er finde es nicht ganz richtig, bei Fehlstimmen von ungültigen Stimmen zu sprechen, da mancher Wähler bewusst nicht die volle Stimmenzahl ausgenutzt habe. Dann spricht er noch die Zahl ungültiger Stimmzettel an und stellt fest, hier gebe es Wahlbezirke außerhalb der Ortschaften, die höhere Prozentanteile ungültiger Stimmen aufwiesen.

Frau Appel verdeutlicht, natürlich sei ein Teil der ungültigen / Fehlstimmen bewusst nicht abgegeben worden. Bei einer großen Zahl handle es sich jedoch tatsächlich um ungültige Stimmen. Dies könne sicher mancher Wahlvorsteher unterstreichen.

Ortsvorsteher Aßfalg bringt vor, es sei auffällig gewesen, dass viele Wähler unvorbereitet in die Wahllokale gekommen seien. Dies habe zu langen Wartezeiten geführt. Die Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der Wahl sei toll gewesen. Er dankt der Wahlstelle und der EDV für diese gute Unterstützung.

StR Dr. Compter bemängelt die sehr langen Wartezeiten für Wähler im Wahllokal Kindergarten Talfeld, die länger gewesen seien, als die in der Schwäbischen Zeitung angegebenen bis 20 Minuten. Die Zusammenlegung der Wahllokale in diesem Gebiet sei offensichtlich nicht ganz geglückt.

StR Pfender hat die gleichen Erfahrungen gemacht und spricht von langen Wartezeiten, weil viele Wähler ihre Stimmzettel erst im Wahllokal ausgefüllt hätten. Er bringt noch vor, die Bewohner des Röhrenöschles fühlten sich mehr zu Birkendorf gehörig und sollten nicht ins weit entfernte Wahllokal Kindergarten Talfeld geschickt werden.

Frau Appel räumt ein, die Situation im Kindergarten Talfeld sei nicht glücklich gewesen. Bezüglich dieses Wahllokals und seiner Größe habe man im Vorfeld etwas Bedenken gehabt, die sich leider bewahrheitet hätten. Man habe bereits reagiert und könne zur nächsten Wahl mit der Landwirtschaftsschule ein neues und geräumigeres Wahllokal anbieten. Es lasse sich nicht vermeiden, dass manche Wähler längere Wege zu ihrem Wahllokal hätten. Bezüglich des Röhrenöschles habe man die Ulmer Straße als Grenze genommen. Die dortigen Bewohner seien bisher dem Gemeindehaus St. Josef zugeteilt gewesen, was auch eine größere Entfernung bedeuten habe, weshalb man es als zumutbar erachtet habe, sie dem Kindergarten Talfeld zuzuordnen. Man werde hierüber nachdenken.

StRin Vollmer beklagt, der Ochsenhauser Hof sei kein Wahllokal mehr und viele Wähler müssten nun in die weiter entfernte Jugendmusikschule. Sie meint, die Wahllokaleinteilung sollte nicht nur mit dem Lineal erfolgen.

Frau Appel verdeutlicht, dass man sich bei der Einteilung durchaus Gedanken mache, dass sich aber Grenzfälle nie vermeiden ließen, dass beispielsweise jemand ein Wahllokal gegenüber seiner Straße habe, aber einem weiter entfernten zugeteilt sei. Es gelte verschiedene Faktoren zu berücksichtigen.

StR Lemli fände es sinnvoll, den Verlauf der Auszählung der Kommunalwahlen auch im Internet zu präsentieren, sprich Teilergebnisse zu veröffentlichen.

Frau Appel erklärt dies für möglich.

StR Wiest dankt abschließend namens des Gemeinderats allen Wahlhelfern.

Es wird applaudiert.

TOP 10.2 Konjunkturprogramm II

OB Fettback lässt wissen, die Anträge seien vom Regierungspräsidium genehmigt.

TOP 10.3 Einweihung Bahnhof

OB Fettback macht auf den Termin zur Einweihung des sanierten Bahnhofes am 26.06.09 aufmerksam.

TOP 11.1 Gaisentalschule als Ganztagschule

StR Späh spricht die Aufnahme der Gaisentalschule ins Ganztagesprogramm an und fragt, ob dies Veränderungen im Bauprogramm erfordere und wann mit den Baumaßnahmen begonnen werde.

EBM Wersch erwidert, es sei noch kein Baubeschluss gefasst. Man warte den Zuschussbescheid ab. Jetzt könne die Planung auf den Punkt gebracht werden, da ein Baubeginn im Jahr 2010 erforderlich sei. Dies sei entsprechend im Haushaltsplan abgebildet.

BM Kuhlmann fügt an, es liege noch keine Förderzusage zum Bau vor. Erst wenn dieser vorliege, könne man mit den Planungen beginnen.

TOP 11.2 Wassereinbrüche in der Tiefgarage Stadthalle

StRin Brunner bringt vor, aus dem zweiten Untergeschoß der Tiefgarage Stadthalle trete aus einer Außenwand eine braune Brühe hervor. Sie fragt, wer hierfür verantwortlich zeichne und bittet der Sache nachzugehen.

TOP 11.3 Schulentwicklungsplan

StRin Kapfer bringt vor, die SPD-Fraktion sei von erregten Bürgern bezüglich der Schulentwicklungsplanung angesprochen worden. Dabei sei das Zitat „Schule unter einem Dach“ gefallen. Viele Kollegen der Dollinger-Realschule und der Hauptschule seien aufgebracht. Sie fragt, wann der Gemeinderat informiert werde.

OB Fettback erwidert, die Schulentwicklungsplanung habe man auch mit Externen entwickelt. Sie sei nun fertig und enthalte verschiedene Vorschläge. Diese würden dem Gemeinderat unterbreitet, zuvor habe man aber die betroffenen Schulleiter und auch andere informiert. Man werde das Thema in die Juli-Sitzung einbringen.

StRin Kapfer gibt zu verstehen, man wünsche sich eine professionelle Diskussion. Momentan bestehe dieser Eindruck nicht.

OB Fettback erwidert, die Vorgehensweise sei zwischen den Dezernenten abgestimmt worden. Man habe sich geeinigt, am 27.07.09 alle Schulleiter zu informieren und gleichzeitig alle weiteren Bildungs- und Sporteinrichtungen. Es gehe um die Standortdiskussion, aber auch um inhaltliche Diskussionen.

EBM Wersch fügt an, eine professionelle Diskussion sei auch ausdrücklicher Wunsch der Verwaltung. Daher sei es wichtig, nicht zuzulassen, dass das Thema zu sehr emotionalisiert werde. Es gehe um eine professionelle Schulentwicklung für die Gesamtstadt Biberach.

Gemeinderat, 25.06.2009, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Kübler
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann